

Kantonsrat

KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom
Kantonsratspräsident

3. Dezember 2024
Zehnder Ferdinand

A 304 Anfrage Elmiger Elin und Mit. über die aktuelle Situation der Firma Swiss Steel in Emmenbrücke / Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdepartement

Die Anfrage A 304 wurde auf die Dezember-Session hin dringlich eingereicht.
Der Regierungsrat ist mit der dringlichen Behandlung einverstanden.
Der Rat stimmt der dringlichen Behandlung mit 113 zu 0 Stimmen zu.

Die Anfrage A 304, das Postulat P 306 von Marcel Budmiger über die Unterstützung des Industriestandortes Emmen sowie das Postulat P 307 von Philipp Bucher über eine zukunftsfähige Stahlindustrie in Emmen werden als Paket behandelt.

Elin Elmiger ist mit der Antwort des Regierungsrates teilweise zufrieden und verlangt Diskussion.

Folgende Anträge liegen zum Postulat P306 vor: Der Regierungsrat beantragt Erheblicherklärung. Mario Cozzio beantragt teilweise Erheblicherklärung. Thomas Gfeller beantragt Ablehnung. Marcel Budmiger hält an seinem Postulat fest.

Folgende Anträge liegen zum Postulat P 307 vor: Der Regierungsrat beantragt Erheblicherklärung. Mario Cozzio beantragt teilweise Erheblicherklärung. Philipp Bucher hält an seinem Postulat fest.

Elin Elmiger: Zu den Hintergründen der aktuellen Situation der Firma Swiss Steel und den Ereignissen der letzten Wochen werde ich mich nicht äussern. Ich gehe davon aus, dass Sie darüber informiert sind. Die Antworten des Regierungsrates gehen gut auf die verschiedenen Aspekte der Firma Swiss Steel ein. Es ist beispielsweise sehr erfreulich, dass punkto Verwendung von Recycling-Stahl einiges am Tun ist und sich Gelegenheiten bieten, die Verwendung von emissionsarmen Baumaterialien weiter zu fördern. Die Schweizer Stahlwerke sind wichtige Pfeiler einer nachhaltigen Schweizer Kreislaufwirtschaft. So ist auch deren CO₂-Abdruck bedeutend kleiner als bei vergleichbaren Stahlwerken im Ausland. Auch die Auslegung zu ihren Kontakten mit der Firma und ihre Unterstützung für die auf bundesstufe eingereichten Motionen von Damian Müller und David Roth schätze ich sehr. Das ist ein wichtiges Zeichen für die Schweizer Volkswirtschaft und die Betroffenen in Gerlafingen und Emmen. In den Antworten kommt mir aber der Verlust von Arbeitsplätzen etwas zu kurz. Beim Stellenabbau geht Wissen und fachliches Know-how dieser sehr spezialisierten Branche verloren. Gestern haben Mitarbeitende der Firma Steeltec vor dem Regierungsgebäude gegen Entlassungen protestiert. Zeigen wir uns also solidarisch mit den Betroffenen. Damit die Firma Swiss Steel ihr Produktionsportfolio mit mehr Produkten aus Recycling-Stahl für den Schweizer Markt erweitern könnte, sind entsprechende Rahmenbedingungen notwendig. Das ist Aufgabe der Politik. Bei uns in Luzern ist es im Vergleich zum zweiten Schweizer

Stahlwerk in Gerlafingen relativ ruhig. Jetzt ist es wichtig, dass wir uns solidarisch zeigen. Wir müssen ein klares Zeichen nach Bern senden, wo bald über die Zukunft der Schweizer Stahlindustrie entschieden wird. Ich freue mich auf eine konstruktive Diskussion in unserem Rat und hoffe, dass Sie Verantwortung übernehmen.

Marcel Budmiger: Ich danke dem Regierungsrat für seine bisherige Arbeit, um den Produktionsstandort Emmen in eine nachhaltige Zukunft führen zu können. Während man von der Stahl Gerlafingen AG viel in den Medien gelesen hat, blieb es um Steeltec in Emmen vergleichsweise ruhig. Gearbeitet wurde dennoch viel, seitens der Regierung und auch im nationalen Parlament, wo Nationalrat David Roth und Ständerat Damian Müller in ihrem Rat jeweils eine Motion eingereicht haben, um die Schweizer Stahlproduktion noch nachhaltiger zu gestalten und langfristig zu erhalten. Die Fristen für die Einreichung dringlicher Vorstösse ist knapp und nach den Fraktionssitzungen, deshalb gab es am Ende statt einem zwei überparteilich getragene Postulate. Beide werden vom Regierungsrat gestützt. Eines mit Schwerpunkt Produktionsstandort Emmen, das andere mit der Sicherung von Arbeitsplätzen. Beide wollen das Gleiche: Ohne Arbeitskräfte kann nicht produziert werden, ohne Produktionsstätten gibt es keine Arbeitsplätze. Der Kanton soll sich für beides einsetzen. Einerseits mit der Unterstützung der beiden genannten Motionen, aber auch auf kantonaler Ebene mit flexibler Kurzarbeit und einer ökologischen Auslegung des öffentlichen Vergabewesens. Die SVP-Fraktion stellt einen Ablehnungsantrag zum Postulat P 306, bei dem es auch um die Unterstützung der Motion Meier und Roth geht. Ich verstehe diese Unterscheidung nicht wirklich, aber einen Unterschied gibt es. Das Postulat P 307 von Philipp Bucher bezieht sich nur auf die kantonale Ebene, der Kanton soll Steeltec unterstützen. Wir sehen das auch so. Aber ohne Bundeslösung, für die sich der Regierungsrat gemäss meinem Postulat P 306 einsetzen soll, wird das eine teure Sache. Deshalb macht es Sinn, sich sowohl beim Bund als auch auf kantonaler Ebene für eine gute Lösung einzusetzen. Beim Antrag der GLP-Fraktion zur teilweisen Erheblicherklärung geht es einerseits um Notrecht und andererseits um Strompreise, die nicht angepasst werden sollen. In den beiden Motionen von Damian Müller und David Roth geht es nicht um Notrecht. Beim Strom geht es um die Netzzuschläge. In Europa bezahlt man als Grossverbraucher nur noch in den Niederlanden höhere Strompreise. Wenn man daran nichts ändern will kann man ehrlich sein und erklären, dass man gar nichts tun will. Ich bitte Sie, ein starkes Zeichen nach Emmen zu senden. Wenn wir auch ein Zeichen nach Bern senden wollen, müssen beide Postulate erheblich erklärt werden. Ich bitte Sie deshalb, dem Regierungsrat zu folgen und beide Postulate erheblich zu erklären.

Philipp Bucher: Die Stahlindustrie in der Schweiz befindet sich nicht zum ersten Mal in der Krise. Es ist erfreulich, dass die Regierung den Austausch mit Swiss Steel pflegt. Die Einbindung des Staatssekretariats für Wirtschaft (Seco) ist folgerichtig. Aufgrund der Entwicklung der Märkte und Preise für den Rohstoff Stahl ist die wirtschaftliche Lage von Swiss Steel zunehmend schwieriger geworden. Die in den letzten Jahren deutlich gestiegenen Preise für Energie inklusive der Netzaufgaben tragen das Ihre dazu bei. Es ist leider eine Tatsache, dass einige Staaten die Stahlindustrie mit staatlichen finanziellen Mitteln unterstützen. Das führt zu einer Verschärfung der Situation. Ein weiteres Ergebnis ist eine Verfälschung des Marktes. Das heisst, die staatlichen Beihilfen führen zu ungleich langen Spiessen. Diese Tatsache ist mit ein Grund für die Schwierigkeiten von Swiss Steel, und das trotz des über Jahrzehnte erarbeiteten, umfassenden Know-how und der bedeutenden Kompetenzen in der Produktion innovativer und qualitativ hochwertiger Stahlprodukte. Natürlich ist auch uns bekannt, dass insbesondere die Automobilindustrie in einer tiefen Krise steckt. Aber die Produkte von Swiss Steel finden auch in der Medizinaltechnik sowie in der

Luft- und Raumfahrt vielseitige Verwendung. Damit hat das Unternehmen wichtige Marktnischen besetzt und sich behauptet. Gerade die Medtech-Branche ist wesentlich krisenresistenter als beispielsweise die Automobilbranche. Wir sind der Ansicht, dass staatliche Finanzhilfen langfristig keine nachhaltige Lösung darstellen. Sie führen zu Abhängigkeit und ziehen weitere Unterstützung und Forderungen nach sich. Die Antwort des Bundesrates auf die beiden Motionen von Ständerat Damian Müller und Nationalrat David Roth ist für uns nachvollziehbar. Der Bundesrat beurteilt Subventionen als kritisch. Sie würden zu einer Ungleichbehandlung gegenüber anderen Unternehmen und Branchen in der Schweiz führen. Unserer Meinung nach ist es entscheidend, der betroffenen Firma Zeit einzuräumen. So kann sie in einem ergebnisoffenen Prozess ihre Position stärken, auch um sich erfolgreich in ihrer Nische zu halten, ohne langfristige Abhängigkeit von staatlichen Subventionen oder protektionistischen Massnahmen. So enthalten die beiden Motionen Müller und Roth einige Beispiele für die Form der Unterstützung. Es ist eine Forderung an die Regierung, dass sie diese weiterhin unterstützt. Die Arbeiterinnen und Arbeiter, die gestern Morgen vor dem Regierungsgebäude ihre Präsenz zeigten, wurden wahrgenommen. Sie haben die kantonale Politik aufgefordert, sich für die Arbeitsplätze einzusetzen. Ihre Forderung auf Kurzarbeit zu setzen, wurde bereits umgesetzt. So hat sich die Regierung beim Bundesrat für eine Verlängerung der Bezugsdauer auf Kurzarbeitsentschädigung eingesetzt. Der Bundesrat seinerseits hat dieser Forderung zugestimmt. Eine weitere Verlängerung der Kurzarbeit ist noch offen. Sollte es tatsächlich zu Entlassungen kommen, muss der Kanton den betroffenen Menschen mit Mitteln aus den Regionalen Arbeitsvermittlungszentren (RAV) die grösstmögliche Unterstützung zukommen lassen. Wir begrüssen es ausdrücklich, dass sich die Regierung in ihren Aufgabenbereichen für gute wirtschaftliche Rahmenbedingungen einsetzt. Seien dies tiefe Steuern, gute Verkehrserschliessung, gute Ausbildungsmöglichkeiten oder die Unterstützung durch die Wirtschaftsförderung. Wir betrachten das als Daueraufgabe. Denn gute wirtschaftliche Rahmenbedingungen bilden die Basis für Wohlstand und soziale Sicherheit. In ihren Stellungnahmen auf die Anfrage und die beiden Postulate hält die Regierung fest, dass unternehmerische Entscheidungen, die grundsätzlich zur Sicherung des Unternehmens getroffen werden, akzeptiert werden müssen. Unter dem Aspekt der Restrukturierung darf die unternehmerische Freiheit nicht eingeschränkt werden. Das ist auch Sicht der FDP klar und entspricht den Spielregeln einer freien Wirtschaft. Somit nehmen wir zur Kenntnis, dass die Regierung hier am Ball ist. Sie hat bereits erste Massnahmen angestossen, auch auf Bundesebene. Ebenso setzt sie sich weiterhin für eine Unterstützung der lokalen Stahlindustrie ein. Eine Mehrheit der FDP-Fraktion lehnt das Postulat P 306 ab, da in erster Linie der Erhalt aller Arbeitsplätze verlangt wird.

Thomas Gfeller: Der Stellenabbau und der drohende Verlust des Arbeitsplatzes sind für die betroffenen Personen bedrückend und der gewählte Zeitpunkt kurz vor den Festtagen nicht ideal. Deshalb muss sich das Management von Swiss Steel den Vorwurf mangelnder Sensibilität gefallen lassen. Doch vermutlich ist der Kommunikationszeitpunkt für eine solche Hiobsbotschaft nie der richtige. Die Situation der Swiss Steel ist nicht überraschend eingetroffen, sondern war vorhersehbar, genauso wie es beim Schneefall vor etwas mehr als einer Woche der Fall war. Auch dort wollten es einige nicht wahrhaben, dass man mit Sommerpneus nicht richtig vorwärtskommt. Die Eigentümerschaft von Swiss Steel hat X Millionen in den Standort gesteckt. Was hat es gebracht? Nicht viel. Viel mehr ist man zur Erkenntnis gelangt, dass es so nicht weitergehen kann. Für den Fortbestand der Unternehmung sei es wichtig, dass rund 150 Stellen eingespart würden. Die Politik soll ihren Spielraum mehr als möglich ausnutzen und die Kurzarbeitszeit soll von zwölf auf 18 Monate verlängert werden. Reicht das aber aus? In verschiedenen Diskussionen hört man immer

wieder die Aussage, dass Swiss Steel systemrelevant sei und es nicht sein könne, dass die Schweiz über keine Stahlproduktion mehr verfügt. Wenn die Stahlproduktion in der Schweiz nicht wettbewerbsfähig ist, muss man sie nicht mit lebenserhaltenden Massnahmen am Leben erhalten, sondern sich überlegen, wie dem Ganzen möglichst schonend ein Ende gesetzt werden kann, auch wenn das hart klingt. Wenn ich als Unternehmer mit meinen rund 40 Mitarbeitern falsche strategische Überlegungen anstelle und dabei ins Trudeln gerate, erhalte ich vermutlich Kommentare wie: «Selber schuld, aber er muss selber schauen, wie er das Problem lösen kann.» Im Übrigen haben auch wir mit höheren Energiekosten zu kämpfen. Wenn grosse Unternehmungen den gleichen Fehler machen, lautet der Kommentar oft anders. Man spricht von «Too big to fail» oder «systemrelevant». Notabene kommen Kommentare oder Postulate von Organisationen, die massgeblich mit Vorschriften, Mindestlöhnen und paritätischen Kommissionen ihren Beitrag dazu geleistet haben. Ich gehe mit Ihnen einig, dass wenn ein CEO für die Jahre 2022 bis 2023 rund 3,7 beziehungsweise 2,9 Millionen Franken verdient, man nicht ernsthaft von einer Krise sprechen kann. Solche Löhne sind ein Hohn gegenüber KMU-Betrieben und hart arbeitenden Mitarbeitenden. Ein KMU-Unternehmer würde vermutlich als erstes seinen Lohn von 100 000 Franken auf 50 000 Franken kürzen. Wenn ein Management wie dasjenige von Swiss Steel in der Krise immer noch an solchen Löhnen festhält, zeigt das klar auf, dass diese Damen und Herren den Ernst der Lage nicht ganz erkannt haben. Managementfehler sind nicht delegierbar. Der Stellungnahme des Regierungsrates ist zu entnehmen, dass die Postulatsforderung bereits heute mehrheitlich umgesetzt wurde. Das Postulat P 307 geht für uns so in Ordnung. Das Postulat P 306 lehnen wir jedoch ab. Wir können kein Postulat unterstützen, dessen Absender aus der Optik der SVP eine verfehlte Energiepolitik betreibt, immer wieder neue Regulatoren und Auflagen macht und wenn es brenzlig wird, der Staat helfen soll. Mit der Unterstützung des Postulats P 306 würden wir dieses Vorgehen als goutieren, das tun wir aber nicht.

Mario Cozzio: Wirtschaftspolitik: Quo vadis? Die aktuelle Debatte rund um Unterstützungsmassnahmen für die Stahlindustrie ist sehr emotional geprägt, der Aktivismus verbreitet sich fast schon pandemieartig und sachpolitische Argumente bleiben leider völlig auf der Strecke. Auch wir nehmen die Ängste und Bedenken der Mitarbeitenden und Beteiligten wahr und so unterstützen wir Grünliberalen die Ausschöpfung der Möglichkeiten der Kurzarbeit, um Entlassungen allenfalls zu vermeiden und Zeit für berufliche Neuorientierungen zu schaffen. Wir begrüssen auch den geplanten runden Tisch und somit den Austausch mit Swiss Steel und weiteren Partnern. Der Grund, weshalb wir aber die teilweise Erheblicherklärung der Postulate beantragen, ist der drohende Präzedenzfall, den wir mit nationalen oder weitergehenden, zusätzlichen kantonalen Forderungen schaffen würden. Die Schweiz und der Kanton Luzern tun gut daran, keine Politik zugunsten einzelner Branchen und Unternehmen zu betreiben. Es ist überhaupt nicht angezeigt, von dieser Praxis abzuweichen. Die auf Bundesebene vorgeschlagene Reduktion der Netznutzungsgebühren würde die Kosten auf andere Nutzer abwälzen. Neben der Stahlindustrie sind aber auch andere Branchen von steigenden Energiepreisen betroffen. Mit dem Verweis auf Versorgungssicherheit und Nachhaltigkeit könnten so auch andere Industriezweige – zum Beispiel die Zement- oder Holzindustrie – Unterstützungsmassnahmen von Bund oder Kanton fordern, was wir entschieden ablehnen. Auch das Argument der Systemrelevanz greift nicht: Stahlwerke sind nicht systemrelevant, denn der Ausfall eines stahlproduzierenden Unternehmens müsste zu einer schweren Rezession oder gar Depression mit verheerenden Folgen für die Schweizer Wirtschaft führen, was schlicht nicht der Fall ist. Im grenznahen Ausland gibt es zahlreiche Stahlwerke, die gerne in die Schweiz liefern – oft mit kürzeren Transportwegen als innerhalb der Schweiz. Die Stahlkrise ist ein globales Phänomen, auch in

Deutschland baut die Firma ThyssenKrupp Tausende von Arbeitsplätzen ab. Unternehmerische Entscheidungen privater Unternehmen dürfen nicht politisch beeinflusst oder gar ausgehebelt werden, ausser natürlich, wenn sie gegen geltendes Recht verstossen. Neben dem Bundesrat lehnt beispielsweise auch Swissmem, der Verband der Schweizer Maschinen-, Elektro- und Metallindustrie, die geplanten Subventionen ab. Restrukturierungen und ein genereller Strukturwandel müssen möglich bleiben, ohne die unternehmerischen Freiheiten einzuschränken. Dies anerkennt auch der Regierungsrat, er überweist die Postulate aber trotzdem vollumfänglich, was aus unserer Sicht weder stringent noch konsequent ist. Die Motion Imark – Marcel Budmiger erwähnt mit seiner Forderung im Postulat unter anderem die beiden Vorstösse der Luzerner Parlamentarier, diese Formulierung schliesst aber die Motion Imark ein – fordert sogar die Anwendung von Notrecht auf Bundesebene ein. Auch das lehnen wir entschieden ab. Notrecht hebt demokratische Prozesse aus und ist hier nicht im Geringsten gerechtfertigt, da keine Gefährdung von Landesinteressen vorliegt. Aus all diesen Gründen beantragen wir die teilweise Erheblicherklärung beider Postulate und bitten Sie, uns zu folgen.

Simone Brunner: Es geht auch darum, sich nochmals über unseren Umgang mit Unterstützungsleistungen zugunsten von Unternehmen bewusst zu werden. Die GLP setzt sich für einzelbetriebliche Standortförderungsmassnahmen für Unternehmen, denen es gut geht und die sich hier angesiedelt haben, mit dem Argument der Arbeitsplatzerhaltung ein. Wenn es aber darum geht, einer Firma unter die Arme zu greifen, die am serbeln ist und einem Strukturwandel unterliegt, um sie nachhaltig stabilisieren zu können, ist die GLP dagegen. Das ist meiner Meinung nach eine sehr inkonsequente Politik. Ich bitte Sie, beiden Postulaten zuzustimmen, um wichtige Arbeitsplätze von hochspezialisierten Personen zu sichern. Menschen, die auch aufgrund ihres Alters Schwierigkeiten haben werden, in der Zentralschweiz eine neue Stelle zu finden. Es geht hier um Arbeitsplätze, Menschen, Existenzen und eine innovative Branche, die wir unterstützen sollten.

Thomas Alois Hodel: Die Schweizer Stahlindustrie steckt in einer tiefen Krise und mittelfristig ist keine Besserung in Sicht. Wenn wir die Stahlindustrie fallenlassen, haben wir weder eine funktionierende Kreislaufwirtschaft noch eigenen Stahl, wenn die Weltmärkte wieder einmal verrücktspielen sollten. Wir müssen uns trotzdem fragen, was zu dieser Krise geführt hat. Es ist die gleiche, verfehlte Energiepolitik, die von fast allen Parteien mitgetragen wurde. Es gibt nun einmal Branchen, die viel Energie benötigen. Die Stahlindustrie ist eine davon. Es ist zudem kein Geheimnis, dass auch kleinere Betriebe wie Bäckereien zunehmend unter Druck geraten, weil die Energiepreise sich plötzlich vervielfachen. Am 24. November 2024 hat das Luzerner Stimmvolk die Änderung des Planungs- und Baugesetzes (PBG) angenommen. Diese Tatsache wird sicher nicht für tiefere Energiepreise sorgen. Wir müssen uns im Klaren sein, was unsere Wirtschaft tatsächlich benötigt, nämlich kostengünstige Energie. Mit teurer Energie würgen wir unsere Industrie ab und schlussendlich lachen sich die Chinesen in die Faust. Zur Krise bei Steeltec: Wir haben tatsächlich ein Problem. Eine weitere Schweizer Firma droht über den Jordan zu gehen. Die Regierung hat in ihrer Stellungnahme glaubhaft dargestellt, dass sie die Forderung des Postulats bereits umsetzt. Dazu gehört, dass die sich abzeichnende Bundeslösung, also die Motionen von Damian Müller und David Roth, unterstützt und der Spielraum im Bereich der Kurzarbeit ausgeschöpft wird. Ausserdem plant die Regierung bei öffentlichen Vergaben die erwähnten Nachhaltigkeitsaspekte stärker zu berücksichtigen. In diesem Sinn stimmt die SVP-Fraktion dem Postulat P 307 mehrheitlich zu. Eine Randbemerkung: Die Berücksichtigung der Nachhaltigkeitsaspekte ist auch ein Grund, weshalb die Kosten der öffentlichen Bauprojekte des Kantons regelmässig explodieren.

Helen Affentranger-Aregger: Aus regionalpolitischer Sicht begrüssen wir die Bestrebungen

und den Einsatz des Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdepartements (BUWD) beim Bund. Es ist absolut lobenswert, dass der Regierungsrat in Bezug auf die Kurzarbeitsentschädigung bereits aktiv geworden ist. Ebenfalls sind wir erfreut zu hören, dass die Regierung und die Wirtschaftsförderung die Gespräche und Kontakte mit der Konzernleitung von Swiss Steel in letzter Zeit intensiviert haben. Dem ökologischen Aspekt kommt in dieser Thematik eine wichtige Rolle zu. Auch wenn isoliert betrachtet und nur aus Sicht des Kantons Luzern die Erreichung des Ziels Netto null bis 2050 bei einer Schliessung von Swiss Steel einfacher zu erreichen wäre, würde es in Bezug auf die Kreislaufwirtschaft wenig Sinn machen. Das Recyceln von Stahlschrott vor Ort ist ökologisch viel sinnvoller und für die Kreislaufwirtschaft wünschenswert. Wir betonen nochmals, dass wir die Bestrebungen der Regierung beim Seco und die Unterstützung der auf Bundesebene eingereichten Motionen begrüssen. Wir weisen aber ebenfalls daraufhin, dass die Unterstützung einer gesamten Industriebranche eine Bundesangelegenheit ist. Wie die Regierung schreibt, werden die in den beiden Postulaten geforderten Massnahmen bereits umgesetzt. In diesem Sinn stimmt die Mitte-Fraktion der Erheblicherklärung zu.

Fabrizio Misticoni: Wir stehen vor keiner einfachen Entscheidung. Auf der einen Seite die bedrohten Arbeitsplätze und die damit verbundenen Einzelschicksale. Die reale Existenz dieser Einzelschicksale wurde uns gestern persönlich eindrücklich demonstriert. Auf der anderen Seite die wirtschaftliche, geopolitische Realität mit hohen Staatssubventionen in anderen Ländern, hohen Energiepreisen und einem schleppenden Absatz. Auch die Grüne Fraktion hat sich mit der Entscheidung schwergetan. Wir können uns aber der Stellungnahme der Regierung zu den beiden Postulaten, die sich explizit auf die beiden Vorstösse in Bundesbern bezieht, anschliessen. Insbesondere, da die beiden nationalen Vorstösse Forderungen stellen, die dem Unternehmen mehr Zeit verschaffen sollen, gleichzeitig aber den Fokus auf die nötige weitere Dekarbonisierung und Spezialisierung legen. Mit Blick auf diese Stossrichtung und dem Fokus auf die nachhaltige Kreislaufwirtschaft, welche das Werk in Emmenbrücke betreibt, sollten wir diesen Unterstützungsversuch nicht unterlassen. Wir begrüssen es, dass der Kanton mit Swiss Steel in Austausch steht, er seinen Spielraum in Bezug auf die Kurzarbeit nützt und sich auch beim Bundesrat für eine temporäre Verlängerung eingesetzt hat. Wir finden es richtig, dass die Kurzarbeit temporär verlängert werden soll. Auch der Energiepreis soll kurzfristig gesenkt werden. Weitere Investitionen und Interventionen oder Subventionen sollten aus unserer Sicht sehr zurückhaltend eingesetzt werden, weil sie tendenziell grosse Abhängigkeiten und Ungleichbehandlungen zur Folge haben. Der Kanton Luzern soll sich im Rahmen und im Umfang der auf Bundesebene angestossenen Umsetzungen einsetzen. Die Stahlindustrie beziehungsweise die Konzernleitung des Unternehmens muss es während dieser Zeit selber und selbständig schaffen langfristig konkurrenzfähig zu werden. Wir sind überzeugt, dass wir keine kurzfristige Industriepolitik benötigen, sondern eine langfristige und nachhaltige Energiepolitik. Im Sinn einer befristeten und mit Auflagen versehenen temporären Unterstützung stimmt die Grüne Fraktion beiden Postulaten zu.

Urs Christian Schumacher: Da ich in Emmenbrücke praktiziere, ist mir das Schicksal zahlreicher Familien im Zusammenhang mit der Kurzarbeit und dem Stellenabbau von Swiss Steel bekannt. Nach mehreren Reorganisationen kam mit der inszenierten Corona-Krise ein Geschäftsniedergang. Dass es von Anfang an klar war, dass der noch nie dagewesene und noch nie erprobte Lockdown nicht epidemiologisch nötig, sondern politisch gewollt war, können sie eindrücklich in den Protokollen des Robert Koch-Instituts (RKI) nachlesen. Entlarvend ist auch die Tatsache, dass der Chef des World Economic Forums (WEF) nach wenigen Wochen Lockdown mit seinem Buch «The Great Reset» bereits eine Replik auf

Corona ausliefern konnte. Es wird nie mehr so sein wie es war und kein Wirtschaftszweig wird von den Auswirkungen dieser Veränderungen verschont schreibt Klaus Schwab in seiner Einleitung. Grüne und Sozialisten bis weit über die bürgerliche Mitte arbeiteten erfolgreich am europäischen Niedergang der Wirtschaft im Sinn des «Green Deals». Schauen Sie nach Deutschland, was dort die «Young Global Leaders for tomorrow» hingelegt haben: Massenentlassungen bei soliden Unternehmen, Abwanderungen von Firmen, Insolvenzen und Arbeitslosigkeit. Kaum hat sich Swiss Steel vom Corona-Lockdown erholt, kam es zu dem über Jahre provozierten Ukraine-Krieg und den Sanktionsmassnahmen gegen Russland. Ohne Rücksicht auf Verluste meinte Europa auf die billigen Rohstoffe und die günstige Energie aus Russland verzichten zu können. Letztlich ging es nur um den Zank, ob die Ukraine Nato-Mitglied werden soll oder nicht. Die Schweiz hat sich ohne Not den EU-Sanktionen gegen Russland angeschlossen und damit eine massive Preissteigerung bei der Energie in Kauf genommen. Ein Opfer dieser Sanktionspolitik des Bundesrates ist Swiss Steel und ihre Arbeiter. An die SP: Wenn Ihre Partei den Arbeitern von Swiss Steel nachhaltig helfen will, so fordern Sie den Bundesrat mit einer Standesinitiative dazu auf, die Wirtschaftssanktionen gegen Russland sofort zu stoppen, die Neutralität wiederherzustellen und die Netzgebühren zu senken, damit unsere Unternehmen kostendeckend arbeiten und Arbeitsplätze erhalten werden können. Die Unterstützung der SVP ist Ihnen gewiss.

Urs Brücker: Ich bin ziemlich sicher, dass die Regierung die beiden Postulate abgelehnt hätte, wenn es sich nicht um ein so emotionales Thema handeln würde. Schliesslich erklärt die Regierung in ihren Stellungnahmen, dass sie bereits alle ihre Möglichkeiten ausgeschöpft hat und die Forderungen erfüllt sind. Swiss Steel generiert ungefähr vier Fünftels ihres Umsatzes im Ausland. Von ihren 8000 Mitarbeitenden arbeiten nur 750 in Luzern. Daher ist Swiss Steel für die Schweiz sicher nicht systemrelevant. Ihre Produktionsstätten befinden sich im Ausland und ihr Umsatz wird dort generiert. Zur Energie: Es sind Managementfehler passiert und der Markt wurde falsch eingeschätzt. Gerade in der deutschen Automobilindustrie ist die Entwicklung aber sehr schwierig abzuschätzen. Ich frage mich aber, was der Kanton Luzern in Bezug auf die Energiepreise unternehmen soll, auch bei den Netznutzungstarifen, die bei ungefähr 6 Rappen pro Kilowattstunde (kWh) liegen. Die Netznutzung ist tatsächlich teuer. Ich bin nicht sicher, ob die Regierung über diese Preise bestimmen kann. Bei den Strompreisen kam es im September 2022 zu einem Peak von 200 Euro pro Megawattstunde (MWh). Seit Frühling Februar liegen die Preise wieder zwischen 40 und 100 Euro pro MWh. Mit einer Anpassung der Strompreise kann Swiss Steel aber nicht gerettet werden. Ich erinnere auch an die Konzessionsabgabe in der Höhe von 96 000 Franken, welche die Stadt Luzern 2023 Swiss Steel erlassen hat. Damit können wir Swiss Steel nicht retten. Wenn wir die Dekarbonisierung vorwärtstreiben wollen, wird es für Swiss Steel erst richtig teuer. Dann muss sie ihre Energie mit Wasserstoff erzeugen. Zur Kreislaufwirtschaft: In der Schweiz wird 1,4 Millionen Tonnen Stahl recycelt. Das ist ein sehr hoher Anteil, sogar höher als Glas. Aber wir importieren und exportieren auch hunderttausende Tonnen von Stahl. Swiss Steel fabriziert speziellen Stahl und importiert in riesigen Mengen spezielle Schrottfaktionen. Die Transportkosten wären also bei einer Verlagerung ins Ausland nicht relevant. Da es hier mehr um ein politisches Abwägen geht, kommt aus Sicht der GLP-Fraktion nur die teilweise Erheblicherklärung in Frage.

Samuel Zbinden: Ich nehme zu den Voten von Thomas Gfeller und Thomas Alois Hodel Stellung. Wir sprechen hier über drei überparteilich eingereichte Vorstösse. Aus Sicht der Grünen Fraktion geht es dabei um ein sehr wichtiges Thema, nämlich um unsere Industrie und die damit verbundenen Arbeitsplätze. Ich lade Sie ein, sich sachlich und inhaltlich mit den Vorstössen auseinanderzusetzen. Ein Votum das in die Richtung geht, dass der Vorstoss

von linker Seite kommt, man diese Politik doof findet und man den Vorstoss deshalb ablehnt, ist nicht angemessen. Meiner Meinung nach geht es um ein zu wichtiges Thema. Dieser Rat hat in den letzten Jahren viel für bezahlbaren und vor allem grünen Strom getan – und zwar mit grossen Mehrheiten von der Grünen Fraktion bis zur FDP-Fraktion. Ein Beispiel ist das PBG. Dabei habe ich nie bemerkt, dass sich die SVP-Fraktion konstruktiv für mehr nachhaltigen, erneuerbaren Strom eingesetzt hat. Das PBG sorgt für mehr erneuerbaren und günstigen Strom. Die aktuellen Probleme mit den hohen Strompreisen sind weder dem PBG noch der Solarenergie geschuldet, sondern weil wir unsere Aufgabe jahrzehntelang verschlafen haben und immer noch von ausländischen Produkten wie Öl, Gas und Kohle abhängig sind. Wir möchten uns davon unabhängig machen und ich bitte die SVP-Fraktion, dasselbe zu tun.

Guido Müller: Ich lege zuerst meine Interessen als Sohn eines «Emmenweidlers» offen. Die meisten von Ihnen wissen wahrscheinlich gar nicht, was damit gemeint ist. Die «Emmenweidler» haben damals im Stahlwerk Vonmoos gearbeitet. Dann gab es noch die «Viscösler», die bei der Viscosuisse gearbeitet haben. Mein Vater hat 30 Jahre in diesem Stahlwerk gearbeitet. Die Mitarbeiter haben den Stahl mit Stolz produziert, weil er weltweit als sehr guter Stahl galt. Dieser Stahl wird heute auch in der Medtech-Branche eingesetzt. Das ist eine wachsende Branche, der in Zukunft noch viel mehr Bedeutung zukommen wird und die für eine grosse Wertschöpfung sorgen wird. Ich bin sehr froh, dass die Regierung schon alles unternommen hat, um die Arbeitsplätze in Emmen zu erhalten. Wenn diese Arbeitsplätze und das Stahlwerk verschwinden, verschwinden damit auch das Wissen und die Technologie und wir sind vom Ausland abhängig. Aber gerade die linke Seite verlangt doch immer, dass wir uns von der Abhängigkeit lösen müssen. Ich bin ebenfalls der Ansicht, dass wir möglichst unabhängig bleiben müssen, auch in der Produktion von Qualitätsstahl. Deshalb sollten wir uns auf die Hauptaufgabe der Politik konzentrieren, nämlich auf die Schaffung guter Rahmenbedingungen, damit die Wirtschaft ihre Leistungen erbringen kann. In diesem Fall heisst das, gut verfügbare Energie zu zahlbaren Preisen die es ermöglicht, gute, günstige und konkurrenzfähige Produkte herzustellen. Das Verteilen von Subventionen kommt aber nicht in Frage, denn spätestens in zwei Jahren werden wir über noch mehr Subventionen sprechen. Wir müssen die Rahmenbedingungen schaffen, damit der Betrieb überleben kann. Wir sprechen hier von einem Luzerner Unternehmen, das früher am Kasernenplatz ansässig war und zu einem internationalen Unternehmen wurde. Der Qualitätsstahl wurde aber immer in Emmen produziert. Das aktuelle Management versucht die Produktionsstätten in Frankreich und Deutschland zu verkaufen, um den Standort Emmen retten zu können. Ich bin deshalb dankbar, dass einer dieser unbeliebten Millionäre bereit ist hunderte von Millionen Franken in dieses Unternehmen zu investieren, um den Standort Emmen, seine Arbeitsplätze und ein traditionsreiches Unternehmen zu erhalten. Vergessen Sie das bitte nicht.

Marcel Budmiger: Die Rahmenbedingungen kann der Bund schaffen, deshalb braucht es beide Postulate. Mein Postulat zielt auf Bundesebene ab. Alle die Angst haben, weil im Postulat die Rede von Erhalt und Sicherung von Arbeitsplätzen ist: Der Kanton kann keine Auflagen machen oder ein Kündigungsverbot aussprechen. Es geht nicht darum, dass es keine Entlassungen geben soll, sondern möglichst wenige.

Fabian Peter: Es geht um Arbeitsplätze, um Menschen die dort arbeiten und um entsprechende Umstrukturierungsmassnahmen. Die Stahlindustrie hat mit der heutigen Swiss Steel eine lange Tradition in Emmenbrücke, wo sie nach wie vor 750 Menschen beschäftigt. Doch die Stahlindustrie befindet sich in einem tiefgreifenden Wandel, nicht nur in der Schweiz, sondern insbesondere in Europa. Wir sehen an diesem Beispiel, dass geopolitische

Machtspiele bis in den Kanton Luzern wirken. Sie haben auch Kenntnis davon genommen, dass der ehemalige und künftige Präsident der USA wieder Zölle einführen will. Einige Länder hat er bereits genannt. Es wird weiter mit einem Handelskrieg zu rechnen sein. Diese Massnahmen verzerren den freien Wettbewerb. Man kann deshalb nicht einfach sagen, dass wir als Produktionsstandort der falsche oder zu teuer sind oder der Strompreis ist schuld, sondern es sind vor allem die Restriktionen, die bewusst von anderen Ländern mit geopolitischen Machtansprüchen genutzt werden, um die Stahlproduktion durch Zölle zu schützen oder zu subventionieren. Dadurch wird der Wettbewerb stark verzerrt. In diesem Umfeld ist es auch für Swiss Steel schwierig. Unser Rat hat ein grosses Interesse daran, grosse Arbeitgeber wie Swiss Steel in der Region zu halten und unseren Möglichkeiten entsprechend zu unterstützen. Swiss Steel produziert nicht nur Stahl, sondern nimmt auch eine wichtige Stellung in der Schweizer Kreislaufwirtschaft ein. Sie produziert im Vergleich zu anderen Ländern zudem nachhaltigen Stahl, vor allem Spezialstahl. Die Konzernleitung sieht darin nach wie vor eine Nische. Im Moment ist der Markt aber schwierig. Die Regierung unterstützt deshalb die Motionen der beiden Bundesparlamentarier David Roth und Damian Müller. Diese Motionen bieten die Möglichkeit nach weiteren Unterstützungsmassnahmen zu suchen, weshalb wir die Bundesparlamentarierinnen und -parlamentarier zur Annahme dieser Motionen aufgefordert haben. In erster Linie ist es aber richtig, dass wir für gute Rahmenbedingungen im Kanton Luzern sorgen. Dazu gehören gute Infrastrukturen, tiefe Steuerlast, gute Bildung usw. Auf kantonaler Ebene setzen wir uns für eine flexible Handhabung der Kurzarbeit ein. Wir konnten beim Bundesrat bereits einmal den Entscheid erwirken, dass die Kurzarbeit verlängert wurde. Hier besteht noch Potenzial und wir werden zusammen mit meiner Kollegin, der Volkswirtschaftsdirektorin des Kantons Solothurn, weitere Anstrengungen unternehmen. Auch eine funktionierende Kreislaufwirtschaft ist unserem Rat ein Anliegen. So haben wir es auch im Planungsbericht Klima und Energie festgehalten. Zudem ist der Kanton Luzern der revidierten interkantonalen Vereinbarung über das öffentliche Beschaffungswesen beigetreten, wo auch nachhaltige Aspekte stärker berücksichtigt werden können. Abschliessend ist es uns wichtig, dass wir nicht in unternehmerische Freiheiten oder Entscheidungen eingreifen wollen und können. Letztendlich geht es bei Restrukturierungsmassnahmen auch darum, die Firma zukunftsfähig zu machen. Der Hauptaktionär und Inhaber, Martin Haefner, ist nach wie vor bereit, diese Firma zu stützen. Das ist unser Glück, denn in Solothurn ist die Situation etwas anders. Wir sind aber überzeugt, dass er die Zukunftsfähigkeit der Firma vorantreiben will. Dazu sind aber gewisse Restrukturierungsmassnahmen notwendig und wir wollen und können diesbezüglich nicht eingreifen. Wir werden im Dezember am runden Tisch eine Auslegeordnung vornehmen. Wir behalten zudem im Auge, was in den nächsten Tagen in Bern passiert. Die Regierung ist aber klar der Meinung, dass sie keine Notrechtmassnahmen für Swiss Steel beantragen will. Solche Massnahmen sind übrigens auch nicht im Sinn der Konzernleitung von Swiss Steel. Beim Netznutzungsentgelt geht es beispielsweise um den sogenannten Winterreservezuschlag. Seit der drohenden Energiemangellage kommt bei der Netznutzung eine Winterreserve dazu. Wenn grosse Stromverbraucher wie Swiss Steel zuzusichern, dass sie bei einer drohenden Energiemangellage bereit sind den Betrieb einzustellen, kann man sie von diesen Zuschlägen befreien. Das ist sinnvoll für das System und eine Gegenleistung, die erwartet werden kann. Zudem haben wir zusammen mit der Konzernleitung von Swiss Steel die Strompreise, also die Energiekosten, analysiert. Diese sind nicht schuld an der Situation. Die Schweizer Preise sind durchaus vergleichbar mit jenen aus anderen europäischen Ländern. Für die Situation sind also vor allem die geopolitischen Massnahmen und das Schwächeln der Automobilindustrie verantwortlich. Da es hier um ein wichtiges Zeichen geht

bitte ich Sie im Namen der Regierung, die beiden Postulate erheblich zu erklären.